

125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz: Bedeutung für Geschichte und Gegenwart

Eckert, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eckert, A. (2009). *125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz: Bedeutung für Geschichte und Gegenwart*. (GIGA Focus Afrika, 12). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274593>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz: Bedeutung für Geschichte und Gegenwart

Andreas Eckert

Die Berliner Afrika-Konferenz vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 im Reichstagspalais in der Wilhelmstraße jährt sich zum 125. Mal. Das öffentliche Echo ist gering; das offizielle Gedenken ist weitgehend ausgefallen. Das Auswärtige Amt sieht von Gedenkveranstaltungen ab.

Analyse

Kritiker wiederholen, dass eine kritische Aufarbeitung des Kolonialismus immer noch ausbleibe. In Afrika ist bis heute die Ansicht verbreitet, dass die Konferenz das „freie Afrika“ zerstört habe, künstliche Grenzen eingeführt und die Menschen brutal unterdrückt habe – wovon sich der Kontinent bis heute nicht erholt habe.

- Das suggestive Bild, Afrika sei auf der Berliner Konferenz wie ein Kuchen unter den imperialistischen Mächten aufgeteilt worden, ist irreführend. Zum Zeitpunkt der Konferenz hatte die Aufteilung des Kontinents längst begonnen.
- Erst in den drei folgenden Dekaden legten die Europäer im gegenseitigen Wettstreit in Afrika jene internationalen Grenzen fest, die noch heute weitgehend Geltung haben. Die langfristige Folge der Konferenz war die „Grenzziehung nach innen“: Der territoriale Verwaltungsstaat wurde zum allein gültigen staatlichen Organisationsmodell.
- Die Bedeutung der kolonialen Grenzen sollte – zumindest für die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg – nicht überbewertet werden. Im Kontext der Dekolonisation änderte sich dies. Der Unabhängigkeitskampf, die Auseinandersetzungen um Ressourcen sowie die Etablierung politischer Klientelsysteme fanden innerhalb der kolonialen Grenzen statt.
- Die Führer der jungen afrikanischen Staaten blieben beim Status quo, da sie fürchteten, eine Revision der kolonialen Grenzen würde zu Kriegen führen.
- Die Mobilisierung politischer Ethnizität und die Zunahme gewaltsamer Grenzkonflikte nach dem Ende des Kalten Krieges stellen die territorialen Grenzen afrikanischer Staaten nur ausnahmsweise in Frage.
- Gegenwärtige Konflikte in Afrika sind nicht Folge der Grenzziehungen durch europäischen Kolonialmächte, sondern Resultat der Schwäche postkolonialer Staaten. In diesem Sinne steht die Berliner Afrika-Konferenz weniger für eine andauernde Grenzproblematik, sondern symbolisiert das ambivalente Erbe des Kolonialismus in Afrika

Schlagwörter: Afrika, Kolonialismus, Ethnizität, Geschichte, Nationalismus, Nationalstaat

1. Die Wiederkehr der Konferenz

Gegenwärtig wird in der deutschen Öffentlichkeit gelegentlich an die 125. Wiederkehr der Berliner Afrika-Konferenz erinnert, die vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 im Reichstagspalais in der Berliner Wilhelmstraße stattfand. Diese auf Einladung des deutschen Reichskanzlers Bismarck abgehaltene Konferenz versammelte diplomatische Vertreter diverser europäischer Mächte sowie aus den USA und dem Osmanischen Reich und markierte eine wesentliche Etappe bei der Konsolidierung des Kolonialismus in Afrika. Das bisherige öffentliche Echo auf diesbezügliche erinnerungspolitische Aktivitäten ist jedoch zurückhaltend geblieben. Die Initiatoren des Bündnisses „125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz“ beklagen denn auch, dass eine umfassende und kritische Aufarbeitung des Kolonialismus hierzulande immer noch ausbleibe. Auch das offizielle Gedenken fällt weitgehend aus. Das Auswärtige Amt etwa sieht von Gedenkveranstaltungen ab, da „eine Vertiefung der künftigen Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent Priorität“ habe, wie gegenüber der Presse betont wurde (*taz*, 13.11.2009). In Afrika selbst ist bis heute die Ansicht weitverbreitet, dass die Berliner Konferenz das „freie Afrika“ zugunsten eines kolonialen Systems zerstört habe, das künstliche Grenzen einführt und die Menschen in Afrika komplett und brutal unterdrückte. Davon habe sich der Kontinent bis heute nicht erholt.

2. Vorgeschichte und Verlauf der Konferenz

Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein beschränkte sich die europäische Präsenz in Afrika auf drei größere territoriale Brückenköpfe in Algerien, Senegal und Südafrika. Überdies kontrollierten Europäer in Westafrika einige kleinere Besitzungen an der Westküste des Kontinents wie Forts, Faktoreien oder auch einzelne Städte wie Lagos. Rückkehrer aus Amerika hatten überdies mit amerikanischer Hilfe Liberia gegründet, den ersten völkerrechtlich anerkannten unabhängigen Staat Afrikas. Briten und Franzosen siedelten Freigelassene und Rückkehrer in Sierra Leone und Libreville an. An einigen Orten wurden erste Missionsstationen gegründet. Da wie dort „bildete sich eine ausgesprochen kosmopolitische Gesellschaft heraus, die alle Züge einer besitztrunkenen bürgerlichen Gesellschaft trug, in der das Herkommen nur eine untergeordnete Bedeutung hatte“ (Wirz 2000). Erstmals gelangte eine – kleine

– Gruppe von Afrikanern in den Genuss einer modernen, der Zeit entsprechend christlich geprägten westlichen Bildung.

Das 19. Jahrhundert stand weltweit unter dem Zeichen der „abolition and emancipation“, der Aufhebung von Sklaverei und Sklavenhandel. Doch auch nach der offiziellen Aufhebung löste in Afrika der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten nur äußerst langsam den Handel mit Menschen ab. Der innerafrikanische Sklavenhandel nahm eher noch zu, insbesondere in Teilen Westafrikas. Und selbst in den küstennahen westafrikanischen Hauptproduktionsgebieten, wo Erdnüsse angebaut und Palmöl gewonnen wurden, ging mit der Aufhebung keineswegs die Sklaverei zu Ende. Im Gegenteil: Vielerorts weitete sich die Sklaverei noch aus. Ein nur scheinbares Paradox, denn Sklaverei war inzwischen eine wichtige Form der Mobilisierung von Arbeitskraft geworden. Zudem hatten die Jahrhunderte des Sklavenhandels die Sklaverei zu einer weithin akzeptierten Institution gemacht und nicht zuletzt bestimmten Gruppen zu jener Macht verholfen, die notwendig ist, um andere zu versklaven. Viele afrikanische Herrscher hatten jedenfalls kein Interesse an der Abschaffung der Sklaverei (Meissner, Mücke und Weber 2008).

In Europa verbreitete sich indessen eine neue Sicht über die Afrikaner, die nun nicht mehr – wie in der Aufhebungsdebatte – als versklavte Opfer, sondern zunehmend als versklavende Tyrannen erschienen. Nicht zuletzt Forschungsreisende und Missionare wie David Livingstone verbreiteten diese Sichtweise. Die Erkundung Afrikas nahm im Verlauf des 19. Jahrhunderts immer mehr den Charakter eines nationalistischen Wettlaufs an. Gegenstand dieser Konkurrenz waren spektakuläre geografische Entdeckungen wie die Quellen des Nils. Gelegentlich war auch der Weg das Ziel, etwa bei der Durchquerung des Kontinents. Die Forschungsreisenden hatten für aufklärerische Ideale, wie sie noch für Alexander von Humboldt wichtig gewesen waren, nur mehr wenig übrig. Geografische Entdeckungen zu machen, verhieß eine politische Karriere und war zugleich ein politisches, ein koloniales Projekt.

Aus den Entdeckungen wurden nicht selten territoriale Ansprüche der jeweiligen Nationen abgeleitet. Die Berichte über tyrannische Sklavenhalter lieferten überdies den auf koloniale Expansion drängenden Kräften in Frankreich, England und Deutschland ein Argument, die koloniale Aufteilung Afrikas auch noch als humanitären Kreuzzug gegen die Unfreiheit auszugeben. Die starke Hand des Kolonialstaates schien vonnöten, ja sie schien die

einzigste Chance zu sein, um die Afrikaner gleichsam vor ihrer eigenen Gewalt zu schützen und nebenbei den Kontinent auch wirtschaftlich für Europäer zu „öffnen“. Öffnen war damals ein bevorzugtes Wort für die vermeintlichen Wohltaten des rechtmäßigen Kommerzes (Cooper 2000).

Warum binnen Kurzem schließlich ein hektischer Wettlauf um Afrika einsetzte, bewegt bis heute die historische Forschung. Die Antriebskräfte für die koloniale Expansion in Afrika waren vielfältig, unterschieden sich mithin von Land zu Land und von Ort zu Ort. In einigen Fällen gingen strategische Motive mit finanziellen Zielen Hand in Hand, in anderen Fällen verknüpften sich ökonomische Gelegenheiten mit politischer Megalomanie. Nie aber lässt sich ein spezifisches Interesse, aus der alle anderen Motive resultierten, als treibende Kraft ausmachen.

Entstehung und Ausgestaltung der Kolonien in Afrika waren überdies durch Zufälle und Eventualitäten geprägt. Auffallend war die Kluft zwischen Absicht und Ergebnis. Die Mehrheit jener, die sich am „Scramble for Africa“ beteiligten, hatten zunächst nicht viel mehr im Sinn, als territoriale Ansprüche anzumelden. Sie gaben zwar nicht eher Ruhe, bis auch das weltabgeschiedenste Wüstengebiet – formal zumindest – unter europäische Herrschaft gestellt war. Ansonsten waren sie aber mit rein symbolischen Akten zufrieden wie etwa der Unterzeichnung sogenannter Schutzverträge und dem Hissen der nationalen Flagge in den von ihnen begehrten Territorien. Was ihnen am meisten Sorge bereitete, war die Frage, ob die anderen europäischen Mächte die jeweiligen Ansprüche auf ein bestimmtes Gebiet in Afrika auch akzeptieren würden. Die Ansichten der lokalen Bevölkerungen hingegen spielten für die Erwägungen keine Rolle, schließlich galten in diesem Spiel nur westliche Nationen als souveräne Staaten und damit gleichsam als souveräne Mitspieler (Wesseling 1999).

Die Verwaltung der „erworbenen“ Territorien in Afrika wurde als etwas angesehen, das später erfolgen sollte beziehungsweise über das man sich noch nicht allzu viele Gedanken machen musste. Auch die Ausbeutung und Nutzung der lokalen Ressourcen war zunächst ein Zukunftsprojekt. Zum Zeitpunkt der Berliner Afrika-Konferenz 1884/85 gab es alle möglichen Träume und Spekulationen über die Schätze Afrikas, hingegen kaum konkrete Kenntnisse oder gar Unternehmungen. So war die Teilung Afrikas zuallererst ein diplomatischer und symbolischer, ja nahezu fiktiver Akt, eine Art Wette auf die Zukunft (Wirz und Eckert 2004).

Das Geschachere um Afrika symbolisierte sich in diesem auch „Kongo-Konferenz“ genannten Treffen europäischer Diplomaten, das entscheidend zur völkerrechtlichen Fixierung und Regelung des Teilungsprozesses beitrug (Förster, Mommsen und Robinson 1988). Während der Verhandlungen ging es unter anderem um das Vorhaben, wenigstens den riesigen Kongo-Raum im Zentrum Afrikas nicht aufzuteilen, sondern als eine Art Freihandelszone zu etablieren. Dieses große Areal wurde der privaten Kongo-Gesellschaft des belgischen Königs Leopold II überlassen. Hinter Leopolds Initiative stand ein „geschicktes gesamteuropäisches Afrika-Management ... Er hatte sein Projekt unter die Vorzeichen der gesamteuropäischen wissenschaftlichen Erkundung des Kontinents, der Zivilisationsmission und der Beendigung des Sklavenhandels gestellt“ (Bley 2005). Freilich ignorierte Leopold in der Folge die Kongo-Akte, insbesondere die vereinbarte Handelsfreiheit für die 14 Unterzeichnerstaaten.

Das vielfach in der Literatur bemühte suggestive Bild, Afrika sei auf dieser Konferenz wie ein Geburtstagskuchen aufgeteilt worden, ist missverständlich. „Keineswegs aber“, schreibt der Politologe und Historiker Franz Ansprenger (2002), „zogen die europäischen Diplomaten in Berlin (wie viele Afrikaner hartnäckig meinen) mit dem Lineal Grenzen kreuz und quer durch den Kontinent.“ Die Vertreter der Imperialmächte einigten sich jedoch vielmehr auf einen Rechtsgrundsatz, um Krisen untereinander möglichst zu verhindern. Die „effektive Besetzung“ beanspruchter Gebiete wurde zur Bedingung für ihre internationale Anerkennung gemacht. So steht in Artikel 35 der Generalakte, die am 26. Februar 1885 unterzeichnet wurde: „Die Signatarmächte... anerkennen die Verpflichtung, in den von ihnen an den Küsten des afrikanischen Kontinents besetzten Gebieten das Vorhandensein einer Obrigkeit zu sichern, welche hinreicht, um erworbene Rechte ... zu schützen.“ Ein weiterer, vor allem von den Briten eingebrachter Punkt betraf den Kampf gegen Sklavenhandel und Sklaverei, in dem alle „zivilisierten“ Nationen, so das Versprechen in Berlin, fortan kooperieren wollten. In der Akte heißt es dazu, man wolle die „Hebung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften“ fördern und „an der Unterdrückung der Sklaverei und insbesondere des Negerhandels“ mitwirken. Schließlich verpflichteten sich die Signatäre, „zur Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel, um diesem Handel ein Ende zu machen und diejenigen, welche ihm obliegen, zu bestrafen“ (zit. nach Gatter 1984).

3. Die Aufteilung und Etablierung kolonialer Staaten

In den drei folgenden Jahrzehnten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden die Grundmauern des bis heute bestehenden afrikanischen Staatensystems gelegt. Die Europäer machten im gegenseitigen Wettstreit jene internationalen Grenzen aus, die heute weitgehend noch Geltung haben, und die Kolonialherren begannen, in den von ihnen eroberten Gebieten koloniale Verwaltungsstaaten zu errichten. Wo früher eine Vielzahl unterschiedlichster politischer Systeme nebeneinander existierte, wurde im Gefolge der kolonialen Durchdringung der territoriale Verwaltungsstaat zum alleingültigen staatlichen Organisationsmodell.

Dabei kam es lediglich zu einem einzigen Krieg zwischen Europäern um afrikanischen Landbesitz: Im sogenannten Burenkrieg in den Jahren von 1899 bis 1902 standen sich in Südafrika Buren und Briten gegenüber. Dieser Krieg zählte zu den härtesten und blutigsten Auseinandersetzungen der Kolonialgeschichte. Ansonsten schrammten europäische Staaten zweimal knapp an bewaffneten Konflikten vorbei: Großbritannien und Frankreich stritten sich im Jahr 1898 in der sogenannten „Faschoda-Krise“ um die Region am oberen Nil; dabei setzten sich die Briten durch. Die deutschen Ambitionen, sich im noch nicht „verteilten“ Marokko festzusetzen, ließen 1905/06 und erneut im Jahr 1911 einen europäischen Krieg um Afrika gefährlich nahe rücken. Frankreich „teilte“ schließlich Marokko mit Spanien.

Die von den europäischen Kolonialherren vorgenommenen Grenzziehungen nahmen vielerorts keine Rücksicht auf historisch gewachsene Gegebenheiten. Einige Beispiele: Große Teile des zum Kalifat von Sokoto gehörenden Emirats von Adamaua gerieten unter deutsche Herrschaft in Kamerun; dessen politisches Zentrum Yola hingegen wurde von den Engländern zu Nordnigeria geschlagen. Auch die Ewe sprechenden Gesellschaften im Voltagebiet in Westafrika sahen sich durch die Grenzziehung zwei verschiedenen Kolonien zugeordnet: die einen dem deutschen Togo, die anderen der englischen Goldküste. Geografische Konstellationen machen diese Willkür ebenfalls deutlich. Als problematisch für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich etwa die Grenzen der westafrikanischen Staaten Benin (ehemals Dahomey) und Togo. Sie haben „wie zwei nebeneinander gelegte Handtücher“ jeweils einen sehr schmalen Küstenstreifen und ein langgestrecktes Hinterland. Die Kolonialherren errichteten die Hauptstädte Cotonou und Lomé an der Küste, was

die Integration aller Teile des Territoriums in einen modernen Staat zusätzlich erschwerte (Harding 1999).

3.1 Grenzen als Grund aller Übel?

Diese Form der willkürlich gezogenen Grenzen wird bis heute nicht selten als eines der Grundübel in Afrika angesehen. Dass diese Art der Grenzziehung Probleme hervorrief, indem sie Freunde trennte und Feinde schuf, ist nahe liegend. Die neuen Grenzen verteilten Großfamilien auf unterschiedliche europäische Verwaltungs- und Sprachgebiete, unterbrachen aber auch Handelsrouten, die Bevölkerungszentren verbunden und den Austausch etwa von Nahrungsmitteln in benachbarten ökologischen Zonen ermöglicht hatten. Dennoch sollte die Bedeutung der Grenzen nicht überbewertet werden.

Zumindest bis zum Zweiten Weltkrieg hat der koloniale Staat nicht die Durchsetzungskraft gehabt, die Mobilität der Menschen zu begrenzen. Handel, Arbeitsmigration, grenzüberschreitende Weidewirtschaft sowie Fluchtbewegungen vor Hunger waren möglich und durchaus auch üblich (Cordell, Gregory und Piché 1996). Die Etablierung einer (kleinen) afrikanischen Bildungsschicht verlief ebenfalls grenzüberschreitend und orientierte sich eher an europäischen Sprachgrenzen und den entsprechenden Bildungssystemen: Frankophone Afrikaner gingen nach Paris, Anglofone nach London oder Edinburgh.

Als wesentlich schwerwiegender erwies sich die Grenzziehung nach innen, das heißt die mit dem Aufbau kolonialer Verwaltungsstaaten einhergehende Territorialisierung von Herrschaft. Die Kolonialherren schufen sukzessive völkerrechtlich abgesicherte Territorialstaaten mit dem Anspruch auf ein staatliches Gewaltmonopol und klaren, festen Grenzen in Gebieten, die in der vorkolonialen Zeit durch unpräzise, sich beständig wandelnde Grenzen und eine Vielzahl politischer Ordnungen mit höchst unterschiedlichen Graden der Zentralisierung charakterisiert waren. Und selbst in scheinbar festgefühten Staaten wie dem Königreich Burundi war das Konzept des Territoriums weitgehend vage und Herrschaft primär als Herrschaft über Menschen und weniger als Herrschaft über ein bestimmtes Gebiet konzipiert.

3.2 Neue Konstruktionen ethnischer Identität?

Auch jener Prozess, der heute unter dem Etikett „Konstruktion von Ethnizität“ firmiert, nahm seinen Ausgang nicht zuletzt in dem Bestreben der europäischen Kolonialherren, eindeutig abgrenzbare Verwaltungsbezirke einzurichten, an die man je eigene bürokratische, juristische und budgetäre Kompetenzen delegieren konnte. Die vielfältigen gesellschaftlichen Organisationsformen des vorkolonialen Afrika wurden allesamt umgedeutet in „tribale“ Einheiten, sogenannte Stämme, die man ihrerseits nach dem Muster des heimischen europäischen Nationalstaates als Sprach-, Kultur-, Abstammungs- und politische Gemeinschaften mit abgegrenzten Territorien interpretierte. Dies konnte vor allem jenen Afrikanern recht sein, die im Amt bestätigt oder in eines berufen wurden, verfügten sie doch fortan trotz Verlust ihrer Souveränität häufig über mehr Macht als je zuvor.

Ethnizität ist jedoch keine rein koloniale Erfindung. Der Unterschied der kolonialen Stammesideologien zu vorkolonialen Identitätsmustern bestand primär in der Ausschließlichkeit, mit der nun ein Idiom der Gruppenzugehörigkeit – das der Ethnizität und Abstammung – gegenüber allen anderen privilegiert wurde. Es gehörte dabei zu den Ironien der Kolonialgeschichte Afrikas, dass die Kolonisierenden den Kolonisierten jede eigene Geschichte absprachen, während auf lokaler Ebene die Kolonialverwaltungen historische Erinnerungen zu instrumentalisieren versuchten, indem sie sich, wo immer es ging, auf Männer stützten, die ihre Vorrangstellung durch Rückgriff auf Traditionen zu legitimieren verstanden. Allerdings sollte man die Fähigkeit der Kolonialherren, afrikanische Institutionen zum Zwecke der europäischen Hegemonie zu manipulieren, nicht überschätzen. In der Kolonialperiode sind ältere Traditionen auch von Einheimischen kontinuierlich uminterpretiert, Gewohnheiten endlos debattiert und ethnische Grenzen beständig verschoben worden (Lentz 1998).

3.3 „Zivilisierung“ durch späte Gewalt

Die europäischen Kolonialherren erhoben zwar den Anspruch, ihre Kolonisierung sei – etwa im Gegensatz zur Eroberung Amerikas – eine disziplinierte, begrenzte und zugleich zukunftsorientierte Unternehmung gewesen. Gewalt und eine Politik des selektiven Terrors charakterisierten jedoch maßgeblich

die erste Phase der Kolonialherrschaft. Wenigen Eroberungskriegen und großen Schlachten standen die viel zahlreicheren großen und kleinen „Aufstände“ gegenüber. Die härtesten Auseinandersetzungen folgten häufig erst Jahre nach der Etablierung des kolonialen Staates und waren Ausdruck des Widerstandes gegen Steuerforderungen, die Einmischung in Anbausysteme, Geschlechterverhältnisse und Nachfolgeregelungen sowie gegen Zwangsarbeit. Allein für Britisch-Ostafrika (Kenia) sind 50 bewaffnete Auseinandersetzungen in den Jahren von 1894 bis 1914 belegt. Kurz nach der Jahrhundertwende kam es – nicht zuletzt in den deutschen Kolonien – zu einigen großen Kolonialkriegen wie dem Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika (1905-7) und dem Krieg der Deutschen gegen die Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika (1904-8) (Marx 2004).

Vielorts duldeten die Kolonialherren die Fortdauer der Sklaverei, die zu bekämpfen sie nicht zuletzt auf der Berliner Konferenz eigentlich angetreten waren (Miers und Klein 1998). Dahinter stand die Furcht, die Befreiung von Sklaven würde zu einem massiven Rückgang wirtschaftlicher Produktivität und zu einer rasch wachsenden Gesetzlosigkeit führen. Durch frühere Erfahrungen in Plantagenökonomien – vor allem in der Karibik – kamen die Europäer in Afrika zu der Überzeugung, dass befreite Sklaven ihre Herren sofort verlassen und nur für ihren Eigenbedarf arbeiten, ihre ehemaligen Herren aber nicht selbst zu manueller Arbeit bereit sein würden.

Die Kolonialverwaltungen hofften auf einen graduellen Niedergang der Sklaverei ohne soziale und wirtschaftliche Turbulenzen. Sie zögerten, ihre knappen Ressourcen zur Bekämpfung einer Praxis einzusetzen, die ein wichtiges Mittel zur Mobilisierung von Arbeitskräften darstellte. Zudem baute der unter chronischem Personalmangel leidende koloniale Staat insbesondere in seiner Frühphase in der Regel auf die Zusammenarbeit mit lokalen Herrschern, die wiederum oft zu den größten Sklavenbesitzern gehörten.

Im Übrigen unterschieden sich aus der Sicht der Betroffenen Sklaverei und koloniale Zwangsarbeit nur graduell. Dies wurde nirgendwo deutlicher als im Kongobecken, das auf der Berliner Konferenz dem belgischen König Leopold zugeschustert wurde. Er etablierte in seinem Freistaat Kongo bekanntermaßen ein besonders harsches Ausbeutungssystem. In den kautschukreichen Wäldern der riesigen Kolonie errichteten die neuen Kolonialherren Ende des 19. Jahrhunderts eine Terrorherrschaft. Die Bevölkerung wurde zum

Gummizapfen in die Wälder getrieben. Gegen Säumige und Widerspenstige ging die Soldateska des neuen Kolonialstaates mit brutalster Gewalt vor. Dörfer und Ernten wurden niedergebrannt, Frauen und Kinder in Geiselhaft genommen, unzähligen Menschen wurden zudem die Hände abgehackt (Hochschild 1998). Nicht zuletzt auf internationalen Druck erfolgte im Jahr 1908 die Überschreibung des „Freistaates Kongo“ an den belgischen Staat. Staatlicher Terror und brutale Gewalt setzten sich jedoch fort und auch im 20. Jahrhundert durchzog eine breite Blutspur die Geschichte des Kongo.

4. Afrikanischer Nationalismus, unabhängige Staaten und die Kolonialgrenzen

In der Periode der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Bedeutung der von den Kolonialmächten installierten Grenzen rasch zu. Die Auseinandersetzungen um die Ressourcen der Zentrale und die Ausbildung politischer Klientelssysteme im Kampf um die Unabhängigkeit fanden innerhalb der kolonialpolitischen Grenzen statt – und diese wurden von der nationalen Elite nun verteidigt und zementiert (Cooper 2002).

Den zumeist in Europa ausgebildeten Eliten der jungen afrikanischen Staaten war die Gefahr der Revision der kolonialen Grenzen besonders bewusst. Sie rechneten damit, dass es in einem solchen Fall zu zahlreichen Kriegen kommen würde – ähnlich wie im Europa des 19. Jahrhunderts. Die neuen Staaten Afrikas versprachen sich daher etwa im Rahmen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die Grenzen gegenseitig zu respektieren. Dabei nahm man in Kauf, dass diese Grenzen von Fremden willkürlich gezogen waren – oft vor der faktischen Eroberung und ohne Kenntnis der Gesellschaften, die beiderseits lebten. Diese Entscheidung wurde in den ersten Jahrzehnten der Unabhängigkeit in bemerkenswerter Weise durchgehalten, wenngleich es gelegentlich zu Abspaltungsversuchen kam wie etwa im Biafra-Krieg (1967-70), als sich die Region Biafra von Nigeria unabhängig machen wollte, aber scheiterte. Panafrikanischen Tendenzen, wie sie in den 1940er und 50er Jahren eine gewisse Resonanz gerade bei einigen wichtigen Nationalisten wie Kwame Nkrumah erfuhren, erteilte man durch die Betonung der kolonial geschaffenen Grenzen eine Abfuhr.

Der Ost-West-Konflikt mit seiner Rivalität der Groß- und Supermächte um Einflusszonen trug wesentlich dazu bei, den territorialen Status quo und

damit die Grenzen in Afrika zu konservieren. In der Regel waren Grenzfragen bei zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen eher Auslöser oder Vorwand, nie die eigentlichen Kriegsgründe. Häufig ging es eher um Fragen regionaler Hegemonie, um die Schaffung von Sicherheitszonen sowie um die gezielte Unterstützung von Aufständischen im Nachbarland. Beim Krieg zwischen Uganda und Tansania 1978/79 waren zum Beispiel nicht Grenzprobleme maßgeblich, sondern das Herrschaftssystem in Uganda unter Idi Amin.

Nach dem Ende des Kalten Krieges nahmen gewaltsame Grenzkonflikte in Afrika auffallend zu. Nigeria und Kamerun stritten einige Jahre zum Teil mit Waffen um die öl- und fischreiche Bakassi-Halbinsel. Große Schlagzeilen auch hierzulande machten die Abspaltung Eritreas von Äthiopien und der spätere Grenzkrieg zwischen den beiden Staaten. Allerdings sind viele afrikanische Staaten offenbar bereit, bei Grenzstreitigkeiten den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzurufen und sich dessen Rechtsprechung zu unterwerfen. Insgesamt kann hervorgehoben werden, dass es trotz der ubiquitären Künstlichkeit der Grenzen sehr wenig Grenzkonflikte gibt.

Viele Beobachter bewegt ohnehin eher die Frage nach der Fragilität afrikanischer Staaten, die sich etwa in dem Aufkommen politischer Ethnizität, aber auch in zahlreichen inneren Kriegen manifestiert. Diese Zerbrechlichkeit wird häufig darauf zurückgeführt, dass diese Staaten „künstlich geschaffen“ worden seien. Denn die nationale Unabhängigkeit in Afrika war in der Regel ja nicht das Resultat oder die Folge eines Bewusstseins nationaler Identität und Einheit, vielmehr ging die (koloniale) Staatsbildung diesem voraus. In Ermangelung etwa einer gemeinsamen Sprache oder Religion beriefen sich die jungen Nationen zunächst vor allem auf die Geschichte und die Historiker, die eine nationale Identität zu definieren sowie ein nationales Bewusstsein zu schaffen hatten (Kaese 2000). Den afrikanischen Eliten des nachkolonialen Afrika gelang es in der Regel jedenfalls nicht, den Nationalstaat durch Leistung, Entwicklung und politische Teilhabe zu legitimieren.

Gleichwohl hat sich der Staat (in seinen kolonial geschaffenen Grenzen) als politischer Bezugsrahmen behaupten können, selbst wenn mangelnde Legitimität und das Ausbleiben staatlicher Wohlfahrtsleistungen partikuläre Identitäten und Loyalitäten immer wieder bestärken. Es ist jedoch nicht unzureichendes Nationalgefühl, das die Anfälligkeit afrikanischer Staaten verursacht. Vielmehr erschweren die

defizitären Steuerungs- und Regelungskapazitäten afrikanischer Staaten die Entfaltung nationaler Identitäten. Ganz verhindert haben sie sie jedoch nicht. In zahlreichen Staaten Afrikas haben sich in den letzten Dekaden distinkte nationale (Alltags-)Kulturen herausgebildet, die sich nicht nur bei Sportereignissen manifestieren.

5. Die Berliner Afrika-Konferenz: Eine Überschätzung

Die im Gefolge der Berliner Afrika-Konferenz in der Regel willkürlichen kolonialen Grenzen haben sicherlich politische und wirtschaftliche Probleme geschaffen und neue regionale Identitäten produziert. Doch nicht diese Grenzen, sondern die Schwäche des postkolonialen Staates ist die Hauptursache vieler der gegenwärtigen Konflikte südlich der Sahara. Die Kolonialgrenzen in Afrika sind „im großen und ganzen zu den historisch relevanten Grenzen geworden“ (Bley 1997).

Die Erinnerung und Auseinandersetzung mit der Berliner Afrika-Konferenz sollte sich demnach nicht auf koloniale Grenzziehungen kaprizieren oder Anlass für plakative Szenarien einer totalen Ausbeutungspolitik geben. Natürlich war Kolonialismus Ausbeutung und Gewalt sowie Widerstand dagegen, aber er steht eben auch, wie der eminente Afrika-Historiker Frederick Cooper schreibt, für die Anstrengungen von Afrikanern, eigene Lebensformen im und mit dem Kolonialismus zu suchen. Afrikaner suchten in diesem Kontext alle nur verfügbaren Ressourcen, welche die Präsenz von Europäern bot (Cooper 1994). Die Berliner Konferenz war ein wesentlicher Impulsgeber für die ambivalenten Transformationen, die der Kolonialismus in Afrika ausgelöst hat, und sie verweist einmal mehr auf die Frage, wie stark die europäische Fremdherrschaft den Kontinent bis heute geprägt hat.

Literatur

- Ansprenger, Franz (2002), *Kleine Geschichte Afrikas*, München.
- Bley, Helmut (1997), Grenzen und Staat. Die Bedeutung der kolonialen Grenzziehung für das heutige Afrika, in: *epd-Entwicklungspolitik*, 18, 31-34.
- Bley, Helmut (2005), Künstliche Grenze, natürliches Afrika? Um die Berliner Kongokonferenz von 1884-1885 ranken sich allerhand Mythen, in: *iz3w*, 282, 14-17.
- Cooper, Frederick (1994), Conflict and Connection. Rethinking Colonial African History, in: *American Historical Review*, 99, 1516-1545.
- Cooper, Frederick (2000), Conditions Analogues to Slavery. Imperialism and Free Labor Ideology in Africa, in: Frederick Cooper, Thomas C. Holt und Rebecca J. Scott (Hrsg.), *Beyond Slavery. Explorations of Race, Labor, and Citizenship in Postemancipation Societies*, Chapel Hill/London, 107-151.
- Cooper, Frederick (2002), *Africa since 1940: The Past of the Present*, Cambridge/New York.
- Cordell, Dennis, Joel W Gregory und Victor Piché (1996), *Hoe & Wage. A Social History of a Circular Migration System in West Africa*, Boulder/Col.
- Förster, Stig, Wolfgang J. Mommsen und Ronald Robinson (Hrsg.) (1988), *Bismarck, Europe, and Africa. The Berlin Africa Conference 1884-85 and the Onset of Partition*, London.
- Gatter, Frank Thomas (Hrsg.) (1984), *Protokolle und Generalakte der Berliner Afrika-Konferenz 1884-1885*, Bremen.
- Harding, Leonhard (1999), *Geschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert*, München.
- Hochschild, Adam (1998), *Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechen*, Stuttgart.
- Kaese, Wolfgang (2000), *Akademische Geschichtsschreibung und Politik in Nigeria. Historiographische Entwicklung und politisch-soziale Hintergründe ca. 1955 - ca. 1995*, Hamburg.
- Lentz, Carola (1998), *Die Konstruktion von Ethnizität. Eine politische Geschichte Nord-West Ghanas 1870-1990*, Köln.
- Marx, Christoph (2004), *Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart*, Paderborn.
- Meissner, Jochen, Ulrich Mücke und Klaus Weber (2008), *Schwarzes Amerika. Eine Geschichte der Sklaverei*, München.
- Miers, Suzanne und Martin A Klein (Hrsg.) (1998), *Slavery in Colonial Africa*, London.
- Wesseling, Hendrik (1999), *Teile und Herrsche. Die Aufteilung Afrikas 1880-1914*, Stuttgart.
- Wirz, Albert (2000), Sklaverei, Sklavenhandel und legitimer Handel, in: Inge Grau, Christian Mährdel und Walter Schicho (Hrsg.), *Afrika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Wien, 75-91.
- Wirz, Albert und Andreas Eckert (2004), The Scramble for Africa: icon and idiom of modernity, in: Olivier Pétré Grenouilleau (Hrsg.), *From Slave Trade to Empire. Europe and the Colonisation of Black Africa 1780s-1880s*, London, 133-153.

■ Der Autor

Andreas Eckert ist Professor für die Geschichte Afrikas an der Humboldt Universität zu Berlin und Leiter des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Internationalen Geisteswissenschaftlichen Kollegs „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“

E-Mail: <andreas.eckert@asa.hu-berlin.de>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Vom 17.-19. Oktober 2008 fand in Hamburg die Nachwuchstagung „Aufarbeitung von Vergangenheit in außereuropäischen Regionen“ (Afrika, Asien, Lateinamerika und Mittlerer Osten) statt. Gegenstand waren gleichermaßen der Umgang mit Menschenrechtsverletzungen in der jüngeren Vergangenheit wie Fragen der Identitätsbildung und Geschichtsentwürfe.

Als Folge der Konferenz entstand ein interdisziplinäres Netzwerk von Nachwuchswissenschaftler/innen (AVAR-net), das am GIGA angesiedelt ist (s. Tagungsbericht, online: <www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/staff/oettler/pdf/tagungsbericht_giga.pdf>).

■ GIGA-Publikationen zu aktuellen Fragen der europäisch-afrikanischen Beziehungen

Erdmann, Gero (2006), *Hesitant Bedfellows: The German Stiftungen and Party Aid in Africa*, in: Peter Burnell (Hrsg.), *Globalising Party-based Democracy*, Oxford: Routledge, 181-199.

Erdmann, Gero (2009), *Südafrika: Regionaler Hegemon, Mittel- oder Zivilmacht?* in: Jörg Husar, Günther Maihold und Stefan Mair (Hrsg.), *Neue Führungsmächte: Partner deutscher Außenpolitik?*, Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 62, Baden-Baden: Nomos, 99-121.

Kohnert, Dirk (2009), *EU-Africa economic relations: Continuing dominance, traded for aid?*, in: V. Bello und B. Gebrewold (Hrsg.), *A Global Security Triangle. European, African and Asian Interaction*, London/ New York: Routledge, 111-136.

Kohnert, Dirk (2007), *African Migration to Europe: Obscured Responsibilities and Common Misconceptions*; GIGA Working Paper, 49, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Mehler, Andreas (2009), *Les interventions européennes en Afrique: moment-phare pour l'Europe et la coopération franco-allemande?*, Kurzanalyse, Paris: FES.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Bert Hoffmann; Lektorat: Kerstin Labusga
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

IMPRESSUM